

Bildung

Nächster Anlauf: Müssen fremdsprachige Eltern die Dolmetscher in Elterngesprächen bald selbst bezahlen?

Von David Walgis

13.05.2026, 05.00 Uhr

Im Herbst scheiterte ein Versuch, der die Übersetzungskosten für Elterngespräche den fremdsprachigen Eltern übertragen wollte. Nun wagen drei Grossräte einen neuen Anlauf.



Startseite



Region



Konto



Menü



Übersetzung bei Elterngesprächen: Fremdsprachige Eltern sollen die Kosten selber tragen, finden drei Grossräte.

Symbolbild: Christian Beutler / Keystone

Darum geht es

- Vorstoss verlangt: Die Gemeinden sollen Dolmetscher nur noch bei rechtlich relevanten Gesprächen bezahlen. Bei Standortgesprächen oder Noten sollen Eltern die Übersetzung selbst organisieren und finanzieren.
- Frühere Versuche scheiterten, zuletzt bei der Revision des Schulgesetzes im Herbst. Regierung verweist auf Bundesgerichtsurteil von 2015, das die Kostenüberwälzung einschränkt.
- Motionäre sehen Spielraum bei nicht rechtlich bindenden Elterngesprächen.



Startseite



Region

Die Frage, wer die Dolmetscherkosten für Elterngespräche an der Volksschule übernehmen soll, stellt sich für den Grossen Rat bald erneut. FDP-Grossrat Adrian Schoop hat kürzlich zusammen mit SVP-Grossrätin Nicole Burger und Mitte-Grossrat Daniele Mezzi einen entsprechenden Vorstoss eingereicht.

Weiterlesen nach der Anzeige

WERBUNG



Die drei verlangen, dass Gemeinden künftig die Kosten für Übersetzungen bei Elterngesprächen nur noch bei rechtlich relevanten Verfahren tragen sollen. Sprich: etwa bei Disziplinar massnahmen oder formellen Laufbahnentscheiden. Bei einfachen Standortgesprächen oder Notenbesprechungen hingegen sollen fremdsprachige Eltern selbst eine Übersetzung organisieren und bezahlen, so ihre Forderung.

Im Herbst scheiterte ein erster Anlauf

Es ist bereits der dritte Anlauf innert kurzer Zeit, der Dolmetscherkosten bei schulischen Gesprächen ins Visier nimmt. Während der Totalrevision des Schulgesetzes im vergangenen September scheiterte ein Minderheitsantrag, Dolmetscherkosten in jedem Fall den Eltern zu übertragen. Im Winter stellte Schoop dem Regierungsrat ein Bündel Fragen



Startseite



Region

Als «unbefriedigend» bezeichnen die drei diese Stellungnahme. Unter anderem stützt sich die Regierung auf ein Bundesgerichtsurteil von 2015. Die Richter in Lausanne piffen den Kanton Thurgau zurück, der Dolmetscherkosten im schulischen Kontext ebenfalls auf die Eltern übertragen wollte.

Die Argumentation greift für Schoop, Burger und Mezzi zu kurz. Konkret habe das Bundesgericht dem Kanton Thurgau nur untersagt, Dolmetscherkosten, die im Unterricht für das Kind anfallen, den Eltern zu übertragen. «Nicht erfasst ist hingegen die Frage der Dolmetscherkosten bei Elterngesprächen ohne rechtlich relevanten Verfahrenscharakter.» Solche Gespräche sehen die drei als «Ausdruck der elterlichen Mitwirkungspflicht».

Weiterlesen nach der Anzeige

WERBUNG



«Deutsch ist im Aargau Amtssprache», argumentieren sie weiter. Für sie ist deshalb nicht nachvollziehbar, dass Gemeinden Dolmetscherkosten tragen müssen, «wenn Eltern ihrer Pflicht zur Verständigung im schulischen Alltag nicht nachkommen».

Hat der abgeschwächte Vorstoss Chancen?



Startseite



Region

Klar ist, dass die Ratslinke sich gegen die Motion stellen wird. Bei der Debatte um das Schulgesetz im Herbst, als der Vorschlag zum ersten Mal aufkam, drohte die SP gar, gegen die Totalrevision als Ganzes zu stimmen.

Unklar ist hingegen, wie sich die Zweifler in der Ratsrechten bei der damaligen Abstimmung heute positionieren werden. Etwa Titus Meier, FDP-Grossrat, Lehrer und langjähriges Mitglied einer Schulpflege. «Bei heiklen Fragen waren wir froh zu wissen, dass der Dolmetscher uns versteht und unsere Haltung kommuniziert», sagte er während der Debatte im Herbst. Die Schule habe ein Interesse, dass das Gesagte verstanden werde. Ausnahmen seien nicht möglich.

Nun haben Schoop, Burger und Mezzi mit den rechtlich relevanten Gesprächen Ausnahmen formuliert. Dass Meier das Anliegen nicht grundlegend ablehnt, zeigt sich auch daran, dass er die Interpellation vom Winter mitunterzeichnete.

Weiterlesen nach der Anzeige

WERBUNG



Interessant erscheint auch die Position der Mitte. Die Partei lehnte das Anliegen im Herbst klar ab. Sprecher Jürg Baur sagte aber auch, die Mitte sei grundsätzlich damit einverstanden, das Thema in einem anderen



Startseite



Region

Der Staat oder die Eltern? Gut möglich, dass der Grosse Rat die Frage bald anders beantworten wird als noch im vergangenen Herbst.

7 Kommentare



Doris Meyer

vor 54 Minuten

Nach drei Jahren in einem fremden Land, kann man die Landessprache, wenn man denn will. Ab dann sollten keine Dolmetscherkosten mehr vom Staat übernommen werden. Ich habe absolut kein Verständnis für Leute, die teilweise seit Jahrzehnten hier leben und keine Landessprache können.

0 Empfehlungen

Barbara Lüthi Roth

vor 1 Stunden

“Den Sack schlagen und den Esel meinen” passt genau zu diesem Vorstoss im Grossen Rat. “Nach unten treten” fördert die Politkarriere der 3 Motionäre, ein gesellschaftlicher Mehrwert in der Angelegenheit ist dabei ja auch nicht vorgesehen. Daniel Roth

0 Empfehlungen

[Alle Kommentare anzeigen](#)

Für Sie empfohlen



Startseite



Region